

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Begruß-Geld:
Abonement für Dresden...
Preis: 1,50 M.
Einzelhefte: 10 Pf.

Anzeigen-Zarif:
Abonement von Anzeigen...
Preis: 1,50 M.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

A. F. Kegler & Co., Papierhandlung, Rossmaringasse 3, nahe Schlossstrasse.
Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billigst.

Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.

Kretzschmar, Bösenberg & Co.
Königl. Sächs. Hoflieferanten
Serrestrasse 5 und 7 nahe Pirnaischer Platz



Wie beleuchten wir unsere Wohnräume?
Diese kleine Büchlein enthält alles für das Publikum Wissenswerte über die Beleuchtung der Wohnräume, sowie das Kochen mit Gas und ist mit Abbildungen von Leuchtern für alle Wohnräume, sowie von Kochern und Platten versehen. Wir geben dasselbe an Interessenten gratis ab.



Kompl. Wohnungs-Beleuchtungseinrichtung:
Salon: Warme Bronzeleuchte, Gesamtpreis Mark 80,-
Wohnzimmer: Messing-Zuglampe mit Perlbehang.
Korridor: Messing-Lyra mit Kleinsteller, Teilzahlungen gern gestattet.
Küche: Lyra und Kocher mit Schlauch.

Zur Darmreinigungskur

Im März bei Erwachsenen u. Kindern sind **Wurmpräparate** beliebte Volksmittel. Alleinverkauf u. Versand **Med.-Rat Dr. Küchenmeisters**

Salomonis-Apotheke
Dresden-A., 8 Neumarkt 8. Gegründet 1560.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Witterung: Südwestwinde, mild, zeitweise Regen.
In Plauen i. V. ist gestern der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Winkler unter dem Verdachte des Streikpostenkochens verhaftet worden.
Die Zahl der Streikenden im Zwidauer Bezirk hat 50 Prozent im Durchschnitt nicht überschritten. Es herrscht fortgesetzt Ruhe.
Reichsanwalt v. Bethmann-Hollweg wird sich auf einige Tage nach Kofu begeben, um dem Kaiser Vortrag über die schwebenden Fragen zu halten.
Im Spielerprozess Bujes-Metternich wurden der Angeklagte Bujes wegen Betrugs zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und der Angeklagte Graf Metternich ebenfalls wegen Betrugs zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.
Die französische Kammer verhandelte über einen Ergänzungskredit von ungefähr 60 Millionen Franken für die militärischen Operationen in Marokko.

Allerlei Sensationen

drängen sich auf politischem Gebiete in dem Zeitraum weniger Tage zusammen. Noch hatte die öffentliche Meinung im Reiche kaum Zeit gehabt, sich mit den Ueberredungen abzufinden, die der Wechsel im Reichschakamte und der Verzicht der verbündeten Regierungen auf die „Vehesgabe“ zum Zwecke der Deckung eines Teiles der Kosten der Behrvorlage mit sich gebracht hatten, als auch bereits von London der Churchillische Heroldruf herüberdrönte und gleichzeitig der offizielle Besuch Kaiser Wilhelms auf der französischen Botschaft in Berlin die Gemüter in Spannung versetzte. Dazu kam dann noch die Nachricht von der Verschiebung der Mittelmeerreise des Kaisers, die damit begründet wurde, daß der Monarch erst ein Nachlaufen der über die innerpolitischen Vorgänge ausgebrochenen Erregung abwarten wolle. Schließlich schwirrten noch Gerüchte über eine Kanzlerkrise umher, die angeblich Herrn v. Tirpitz als Nachfolger des Herrn v. Bethmann-Hollweg auf den künftigen Sessel erheben sollte, und zuletzt wurde wieder allen alarmierenden Meldungen und Kombinationen die Spitze abgebrochen durch die offizielle Erklärung, daß die Verschiebung der kaiserlichen Mittelmeerreise nicht stattfinden solle, sondern daß die Reise programmäßig am Freitag vor sich gehen werde.

Wenn Kaiser Wilhelm tatsächlich ohne Verzug sich auf die Reise begibt, so ist damit jedenfalls eine unmittelbare bevorstehende Kanzlerkrise ausgeschlossen. An sich ist es freilich durchaus begrifflich, daß die Möglichkeit eines Kanzlerwechsels bei dem gegenwärtigen Anlauf wieder erörtert wird, wie das bei früheren Gelegenheiten unter der Bethmannschen Ära bereits mehrfach geschehen ist. Der ungewöhnlich starke Ministerverbrauch des jetzigen Kanzlers, den er in dem Streben nach „volliger Homogenität“ seiner Regierung betätigt, und der ein angeheimes nationalliberales Organ zu dem Aussprüche veranlaßt hat, daß „Reichsneine keinen Weg flankierten“, ist zweifellos ein so starker Uebelstand, daß er schon für sich allein schwer genug ins Gewicht fallen muß. Wenn nun vollends die ganze Persönlichkeit Herrn v. Bethmanns so wenig geeignet ist, durch anderweitige Vorzüge die gekennzeichnete Schwäche vergessen zu machen, so ist es nicht weiter verwunderlich, daß patriotische Kreise, die Sehnsucht nach einem starken Charakter und einer ausgeprägten Individualität auf dem obersten verantwortlichen Posten des Reiches haben, im jetzigen Augenblick, wo wieder ein tüchtiger Mitarbeiter Herrn von Bethmanns in der Person des Herrn Bermuth über Bord gegangen ist, einen Wechsel auf die Zukunft ausstellen. Daß die vorläufige Beilegung der Kanzlerkrise auch wiederum nicht anders erzielt werden könnte, als durch die Opferung noch eines Ministers, kann ebenfalls nicht dazu beitragen, die Sympathien für eine Verlängerung der Ära Bethmann zu stärken. Herr v. Kiderlen-Wächter ist es, der Herrn Bermuths Schicksal teilen und in kürzer Zeit die Bethmannschen „Reichsneine“ vermehren soll.

Die Benennung des Herrn v. Tirpitz als eventuellen Nachfolgers des jetzigen Kanzlers entspricht offenbar einem vielfach geäußerten patriotischen Wunsche. Der langjährige

Weiter des Reichsmarineministers hat sich ohne Frage in nationalen Kreisen einen reichen Schatz von Vertrauen erworben, und zumal in den jetzigen Zeitläuften, die unter dem Zeichen der deutsch-englischen Ausgleichsbemühungen stehen, würde eine derartige von allgemeiner Sympathie getragene Persönlichkeit an der Spitze der Reichsregierung im besonderen Grade beruhigend wirken, da sie alle wünschenswerten Garantien dafür böte, daß keinerlei Preisgabe eines wesentlichen deutschen nationalen Interesses stattfinden könnte. Es ist zweifellos wohl beachtlich, daß von antunterrichteter Seite das Bestehen einer latenten Kanzlerkrise schon seit längerer Zeit behauptet und angeleitet wird, Herr v. Tirpitz vertrete im Gegenfalle zu dem fortgeschrittenen Abwiegungsstadium v. Bethmann-Hollwegs das Prinzip einer energischen Auslandspolitik. Fast möchte man glauben, bereits die energische Sprache des „kommenden Mannes“ zu hören, wenn man die klaren, ungeschminkten Worte liest, womit die „Mitt. Jtg.“ an leitender Stelle sich gegen Herrn Churchill wendet: „Wie England seine Interessen als maßgebend für seine Handlungen ansieht, so auch wir die unsrigen, und von diesem Gesichtspunkte aus wird man in Deutschland erwägen, in welchem Umfange die Flottenvermehrung sich halten muß.“ Das ist deutlich und würdevoll gesprochen, und die Bedeutung dieses Satzes wird noch nachdrücklicher unterstrichen durch die Hinzufügung, wenn unsere Flotte im Kampfe mit der englischen zugrunde gehe, so müßte dieser Erfolg dem Feinde derartige Opfer kosten, daß England nach seinem Siege überhaupt nicht mehr die Mittel zur Verrückung seiner großen internationalen Beziehungen haben könne.

Diesen Standpunkt wünschen alle deutschen Patrioten stets gegenüber England festgehalten zu wissen; nur auf solcher Grundlage ist eine Verständigung möglich, bei der wir als völlig ebenbürtige Nation behandelt und nicht als minderwertiger Staat mit einer „überflüssigen Luftsippe“ über den Kopf gehoben werden. Hoffentlich entschließt man sich an leitender Stelle zu einer ähnlich verständlichen Erklärung an die französische Adresse, sobald sich, worauf zehn gegen eins zu wetten ist, herausgestellt haben wird, daß die im Anschluß an den kaiserlichen Besuch auf der Berliner französischen Botschaft geäußerten Erwartungen in der Richtung einer deutsch-französischen „Entspannung“ nichts als Illusionen sind. Angesichts der gesamten Richtung der französischen öffentlichen Meinung kann es hier zu Lande nur bedauernd wirken, wenn ein gewisses offizielles bedientes Berliner Blatt die französischen freundliche Schminke gerade jetzt fingerdick austrägt. Nachdem in den letzten Monaten die deutschfeindliche Stimmung und Gefinnung in Frankreich wieder wahre Orgien gefeiert hat, müßte gerade ein Umsturz zu unseren Gunsten sich vollziehen sollte. Gewiß, alle einsichtigen deutschen Patrioten würden mit der größten Vergnügung eine ehrliche Annäherung Frankreichs begrüßen. Sie wissen aber nur zu gut, daß unsere ganze bisherige Verfolgungspolitik gegenüber Frankreich Masochismus gemacht hat, und daß unser Ansehen jenseits der Vogesen nur noch weiter herabgedrückt werden könnte, wenn wir weiterhin den Anschein erwecken, als ließen wir den Franzosen nach. Auch unseren wäulischen Nachbarn gegenüber kann für uns, ebenso wie England gegenüber, nur die Nichtsicht in Frage kommen, daß wir endlich überzeugende Taten einer veränderten Gefinnung gegen uns sehen müssen, ehe wir an die Möglichkeit eines freundschaftlichen Verhältnisses aufrichtig glauben können.

Wenn wir den Weltmächten imponieren und sie veranlassen wollen, ihrerseits an uns mit distinkten Vorschlägen zu einem dauernden Einvernehmen heranzutreten, so werden wir auch dafür sorgen müssen, daß endlich der innere parteipolitische Fader, an dem unsere Wegner so manche trügerischen Hoffnungen knüpfen, begraben wird und alle auf nationalem Boden stehenden Parteien nach außen hin sich zu einer geschlossenen Front zusammenschließen. Von diesem Gesichtspunkte aus kann es nicht scharf genug verurteilt werden, daß von linksliberaler Seite der Versuch gemacht wird, den Rücktritt Bermuths tendenziös in dem Sinne anzudeuten, als sei damit der Triumph des Zentrums mit allen übrigen Folgen in patriotischer Hinsicht besiegelt. Herr Bermuth, so erklären die linksliberalen Organe, sei von der Konferenz der leitenden einzelstaatlichen Minister, d. h. also vom Bundesrat gelehrt worden, weil — das Zentrum seinen Fall kategorisch gefordert habe. Der neue bairische

Minister Freiherr v. Hertling habe diese ultramontane Forderung nachdrücklich vertreten, und sein Einfluß sei im Bundesrat so groß, daß er seinen Widerstand gelunden habe. Demnach sei mit dem Sturze Bermuths die Konjunktur verknüpft, daß angeblich nicht Preußen, sondern das ultramontane Bayern im Reiche die Führung bestimme. Eine solche parteipolitische Tendenzpolitik ist vom nationalen Standpunkte aus derartig verwerflich, daß kein Wort der Kritik zu scharf sein kann. Die Absicht geht augenscheinlich dahin, aufs neue gegen den „blauschwarzen Hof“ mobil zu machen und keine Verständigung zwischen der Konservativen und Nationalliberalen aufkommen zu lassen. Hoffentlich bleibt diese Liebeshandlung vergebens, wenn die eigentliche Absicht des Manövers rechtzeitig aufgedeckt wird.

Im Anschluß an die vorstehenden Ausführungen verzeichnen wir nachstehendes offizielles Dementi der „Norddeutschen Allg. Ztg.“:

„Die Nationalzeitung“ hat in ihrer Nummer vom Dienstag Andeutungen gemacht, als ob der Rücktritt des Staatssekretärs Bermuth eine zwischen dem Reichskanzler und dem Zentrum abgekartete Sache gewesen wäre. Herr Bermuth habe vor acht Tagen noch nicht gewußt, daß längst alles abgemacht sei. In der Redaktion der „Vormittag“ sei man über sein wahres Schicksal besser unterrichtet gewesen, als er selbst es war. Das Blatt spricht in diesem Zusammenhang von einer angeblichen Provokation, in der sich die Politik des Reichskanzlers gefalle. Alles, was hier gesagt ist, ist eine dreifache Erfindung.“

Neueste Drahtmeldungen

vom 20. März.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) In fortgeschrittener Beratung des Reichstages des Reichsanwalts des Innern begründet Abg. Bren (Zsp.) die Resolution seiner Fraktion, die die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen bei den Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der chemischen Industrie fordert. — Ministerialdirektor Caspar erklärt, daß der Bundesrat notwendige Spezialvorrichtungen für die chemische Industrie erlassen wird. Der Großindustrie „Profitgüter“ vorzuziehen, wie der Vordränger es getan, ist unbedeutend. Sie hat großartige Wohlfahrtsleistungen geschaffen, die in der ganzen Welt anerkannt werden. Die Verhältnisse im Bleichwerk werden augenblicklich geprüft. Es sei nicht angebracht, Arbeiter bei Erhebungen in der chemischen Industrie anzuziehen, weil ihnen die wissenschaftlichen Kenntnisse fehlen. — Abg. Hoppe (nll.) führte aus, die Landwirtschaft werde bald in der Lage sein, den deutschen Reichstom vollig zu decken. Anstehende Schwebel seien aber notwendig. Als nationaler Kleinbauern begründet er es, daß hier die Parteien in Bauernfreundlichkeit wetteifern. — Abg. Fischer (Zsp.) verlangt Zulassung des ausländischen Getreidefreies. Wenn auch der Zollschnittsleistungsfähigkeit zugehörig sei, so sei die Lebenshaltung der Bevölkerung deshalb nicht besser geworden, nur in den oberen Schichten werde mehr gezeigelt, bei den Arbeitern sei Unterernährung. Redner fordert ferner eine Verbilligung der Milchschokolade. — Abg. Baumann (Zentr.) empfiehlt eine Resolution, die scharfe Kontrolle für die Einfuhr ausländischer Weine fordert. — Geheimrat Herr v. Stei n erwidert, Unregelmäßigkeiten bei der Einfuhr ausländischer Weine würden unmaßstäblich verurteilt werden. Ausländische Weine können aber nur zurückgewiesen werden, wenn Misp und Klar feuchte, daß der Wein nicht dem Weine entsprechende. Es soll geprüft werden, ob im Verdachtsfalle Gutachten einzuholen sind. — Präsident im Reichsanwaltsamt Baum erwidert auf die Forderung, die Einfuhr ausländischen Reiches zu erleichtern: Für die inländische Produktion bestehen die Vorschriften. Derselbe Äußerung ist auch für die ausländische Produktion notwendig. Alle ausländischen Reichsbesitzer kann man nicht unbedingt vertrauen. Bäckereifisch und Würste lassen sich nicht untersuchen, da muß die Einfuhr verboten werden. Die Einfuhr von Getreide ist auch bei den jetzigen Bestimmungen möglich. Ein Nutzen ist es, von Unterernährung des Volkes infolge Mangels an Weizen zu sprechen. Das deutsche Volk steht anderen Völkern gegenüber sehr günstig da. Der beste Verkauf ist immer auf die inländische Produktion. Deshalb darf man sich nicht kopfschütteln machen lassen und die Ausländer immer besser behandeln wollen. Da beste und gesündeste Fleisch wird immer dann geliefert werden können, wenn wir das Fleisch der Tiere im lebenden und im geschlachteten Zustande unterrichten können. Das ist nur bei der Inlandsproduktion möglich. — Abg. Becker (h. l. Fr.) weist darauf hin, daß die sogenannten Kranken-, Kinder- und Stärkungswine vielfach nicht einwandfrei sind. Redner warnt vor der Einfuhr immer neuer Vorkämpfer an den Universitäten und vor einer weiteren Spezialisierung des ärztlichen Standes. Der Geburtenrückgang sei größtenteils eine Folge der Annoncen der Kranken Frauen. Hier seien stärkere Maßnahmen der Polizei notwendig. — Abg. Dr.

Erst Pfunds Yoghurt!